

## Extralohn: ein Euro

### Der Staat will Überstunden belohnen mit einem Steuerbonus - allerdings einem winzigen.

Berlin - Bundeskanzler Friedrich Merz sieht sich als Antreiber seiner Koalition. Er verspricht den Deutschen immer wieder Dinge, damit der Druck auf sein Kabinett steigt, auch etwas zu liefern. Ein großes CDU-Versprechen: Leistung muss sich wieder lohnen. Deshalb sollen die Zuschläge auf Überstunden steuerfrei werden. Die Idee klingt schön: Wer sich reinhängt und das Bruttoinlandsprodukt steigert, dem gibt der Staat noch einen schönen Bonus dazu. Aber nun liegt eine erste Rechnung vor, was das in Euro und Cent für die Deutschen bedeuten würde. Und das Versprechen, dass hier Leistung belohnt werde, droht ein peinliches zu werden.

Nur 1,4 Prozent der Beschäftigten würden überhaupt profitieren

Die Böckler-Stiftung hat nachgezählt, wie oft es überhaupt bezahlte Überstunden in Deutschland gibt, für die außerdem noch ein Zuschlag bezahlt wird. Denn nur diese Zuschläge sollen steuerfrei werden. Im Arbeitsalltag der allermeisten Deutschen kommen die aber gar nicht vor. Schon bezahlte Überstunden, egal ob mit oder ohne Zuschlag, sind inzwischen selten. Ty-

pisch ist mittlerweile stattdessen das Arbeitszeitkonto: Heute bleibt man eine Stunde länger, Freitag geht man früher heim und gleicht die Überstunde aus ohne mehr Gehalt zu bekommen. Und natürlich gibt es die Fälle, in denen Mitarbeiter zwar länger bleiben, aber dafür weder Freizeit noch Geld als Gegenleistung bekommen.

Das Ergebnis der Böckler-Zählung ist daher: Nur 1,4 Prozent aller Beschäftigten würden von dem Steuerbonus profitieren. 98,6 Prozent der Arbeitnehmer gehen demnach leer aus egal, wie viel sie tatsächlich leisten. Die Böckler-Stiftung stützt sich für ihre Berechnungen vor allem auf die Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamts.

Aber auch die glücklichen 1,4 Prozent sollten sich nicht zu früh freuen. Denn sie werden sich von dem geplanten Steuerbonus wohl kein Ferienhaus leisten können. Sogar eine Kugel Eis wird schwierig. Denn im Durchschnitt werden die wenigen Betroffenen nur 1,35 Euro für jede Überstunde zusätzlich ausbezahlt bekommen. Die Bundesregierung will Leistungsträger also mit einem Ein-Euro-Job be-

lohnen. Das ist vielleicht nicht die größte Motivation dafür, heute Abend eine Stunde länger zu bleiben.

Die von den Gewerkschaften finanzierte Böckler-Stiftung schaut in ihren Berechnungen häufig darauf, ob politische Reformen die Ungleichheit verschärfen. Auch bei den steuerfreien Überstunden findet die Stiftung einen entsprechenden Effekt: Gutverdiener würden einen höheren Steuerbonus bekommen als Geringverdiener. Denn die zahlen häufig keine oder kaum Steuern, dementsprechend wenig bringt ein Bonus vom Finanzamt: Die untere Einkommenshälfte würde im Schnitt nur auf 0,39 Euro pro Überstunde kommen. Die Topverdiener dagegen bekämen einen Steuerbonus von 2,36 Euro.

Im Sinne der gewerkschaftlichen Gerechtigkeit ist es somit ein Vorteil, dass dieser Steuerplan der Regierung nur winzige Wirkungen hat. Ein Plus von zwei Euro bei einem Monatseinkommen von 12 000 Euro lässt die Reichen dann doch nicht wirklich reicher werden.

## "Ich halte die Ungleichheit für das Kardinalproblem unseres Landes"

### Die Bundesregierung benötigt mehr Einnahmen. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge erklärt, warum Milliardäre Teile ihres Vermögens den Armen in der Gesellschaft geben sollten.

Christoph Butterwegge, 74, war von 1998 bis 2016 Politik-Professor an der Universität zu Köln. Er prägte Begriffe wie den Paternoster-Effekt zur Beschreibung der sozialen Polarisierung. Butterwegge, lange SPD-Mitglied, trat 2005 aus Protest gegen die Hartz-Reform aus und steht

seit der Linkspartei nahe. Für diese belegte er 2017 bei der Wahl zum Bundespräsidenten hinter Frank-Walter Steinmeier den zweiten Platz.

**SZ: Herr Butterwegge, die Regierung möchte Sozialbetrug bekämpfen**

**fen und beim Bürgergeld die Regeln verschärfen. Ist das richtig?**

Christoph Butterwegge: Natürlich muss die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen konsequent bekämpft werden. Nur wird dieses Problem instru-

mentalisiert, um einen Abbau des Sozialstaates zu rechtfertigen und Leistungen auch für Menschen zu kürzen, die darauf wie 500 000 alleinerziehende Mütter im Bürgergeldbezug angewiesen sind. Sie erhalten weder dieses noch nächstes Jahr mehr Geld, obwohl die Preise im Supermarkt steigen. Weshalb richtet sich der Blick fast nie auf Steuerhinterzieher, deren Handeln viel größere Löcher in die Staatskasse reißt? Trotzdem nimmt die Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder immer mehr ab. Dabei sollte Missbrauch unten und oben bekämpft werden. Aber niemand nutzt die Kriminalität in der Oberschicht, um Steuern auch für alle ehrlichen Reichen zu erhöhen, wie das umgekehrt bei den Leistungskürzungen für Arme geschieht.

### **Was stört Sie an der aktuellen Debatte?**

Wenn über Steuerbetrug und Sozialmissbrauch gesprochen wird, dominiert das Grundmuster: Es sind deutsche Einzeltäter und ausländische Banden, was die AfD dankbar aufgreift. Einerseits werden die kriminellen Machenschaften von Rumänen und Bulgaren im Ruhrgebiet dramatisiert, andererseits Cum-Ex- und Cum-Cum-Straftaten gar nicht oder nur zaghaft verfolgt. Glaubt man der veröffentlichten Meinung, geht es den Armen im Land aufgrund großzügiger und überbordender Sozialleistungen zu gut.

### **Sie bestreiten das?**

Ja, ganz energisch. Selbst der Bundespräsident beteiligt sich am Bürgergeld-Bashing, obwohl die Kosten gar nicht aus dem Ruder laufen, wie er kürzlich behauptete. Sie haben gegenüber Hartz IV sogar abgenommen, wenn man ihre Höhe was zwingend notwendig ist ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt oder zum Bundeshaushalt setzt. Gleichzeitig tut man so, als ginge es den Reichen aufgrund der Rezession zu schlecht. CDU, CSU und SPD haben kurz nach dem Regierungsantritt den Investitionsbooster gestartet, der Steuergeschenke für Unternehmer und Aktionäre beinhaltet. Das kostet nach Berechnungen der Bundesregierung über 45 Milliarden Euro, während angeblich 300 Millionen Euro fehlen, die nötig wären, um den Preis für das Deutschlandticket wie im Koalitionsvertrag bis zum Jahr 2029 versprochen stabil zu halten. Verteilungspolitisch steht die Bundesregierung nicht aufseiten der Armen, sondern der Reichen.

### **Woran machen Sie das sonst noch fest?**

Nehmen Sie die Umsatzsteuersenkung für Gastronomie und Hotellerie, welche den Staat gut drei Milliarden Euro im Jahr kostet. Wer profitiert davon? Erstens die Systemgastronomie mit ihren Fastfood-Ketten, zweitens Eigentümer von Luxusherbergen und teuren Restaurants, drittens im Falle der Weitergabe an die Kunden auch Besserverdienende, die es sich leisten können, häufiger essen zu gehen.

### **Vor allem Gastronomen mit kleineren Betrieben sagen, dass es seit der Pandemie wirtschaftlich nicht mehr gut läuft.**

Hinter den Kleinen, denen es tatsächlich schlecht geht und die man gezielt fördern sollte, stecken aber Große, deren Lobby eine Regelung durchgesetzt hat, die McDonalds über 140 Millionen Euro pro Jahr einbringen. Einer der Großaktionäre dieser Kette ist der Finanzkonzern Blackrock, für den Friedrich Merz früher tätig war.

### **Über all diesen Themen wabert die Frage: Was ist gerecht? Viele sprechen von einer Ungerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Babyboomer sollen zahlen, damit es der nächsten Generation besser geht. Was meinen Sie?**

Die soziale Trennlinie in unserem Land verläuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern in jeder Generation mehr denn je zwischen Arm und Reich. Da leben Millionen Kinder von Bürgergeld, während andere Kinder einen Konzern erben oder aus steuerlichen Gründen schon zu Lebzeiten der Eltern überschrieben bekommen. Rentnerinnen klaben heimlich Pfandflaschen aus dem Müll und gehen zur Tafel, während andere Kreuzfahrten machen.

### **Die Kreuzfahrten haben sich die Leute aber durch lebenslange Arbeit verdient.**

Das mag sein. Es geht mir auch eher um jene Menschen, denen die Kreuzfahrtschiffe gehören. Dieter Schwarz, reichster Mann der Bundesrepublik und 86 Jahre alt, hat ein Privatvermögen von 46,5 Milliarden Euro. Klaus-Michael Kühne, zweitreichster Deutscher, ist noch ein Jahr älter und kassiert jedes Jahr Dividenden in mehrfacher Milliardenhöhe, auf die selbst dann, wenn er seinen Wohnsitz nicht in die Schweiz verlegt hätte, nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer fällig würden. Weil der Staat die Reichen so gering besteuert, steigen seine Schulden immer stärker. Hochvermögende leihen dem

Staat viel Geld und kassieren dafür Zinsen, die der Staat später an ihre Erben zahlt.

### **Wie gefährlich ist das für den Kitt der Gesellschaft?**

Ich halte die Ungleichheit für das Kardinalproblem unseres Landes, wenn nicht der Menschheit, weil daraus ökonomische Krisen, ökologische Katastrophen, soziale Konflikte, Kriege und Bürgerkriege erwachsen. Bei uns ist sie Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Gefahr für die Demokratie.

### **Geben Sie mal ein konkretes Beispiel.**

Ein Beispiel ist der Ruf nach einer grundlegenden Reform des Rentensystems. Da wird die Demografie als Mittel der politischen Demografie missbraucht und so getan, als erzwingen die Alterung der Bevölkerung ein Sinken der Renten. Vergleichen Sie mal unser Rentenniveau mit dem anderer europäischer Länder. Wir liegen da höchstens noch im unteren Mittelfeld, was zu Zeiten von Willy Brandt in den 1970er-Jahren ganz anders war. Damals war man auf den Sozialstaat stolz und die Bundesrepublik wirtschaftlich so erfolgreich wie nie. Kaum jemand hatte Angst vor Armut im Alter.

### **Aber es fehlt Geld für höhere Renten. Aus dem Bundeshalt müssen jedes Jahr bereits 100 Milliarden Euro zugeschossen werden. Woher nehmen?**

Abgesehen davon, dass der Bundeszuschuss zur Rente in den vergangenen 20 Jahren in Relation zum BIP und zum Staatshaushalt sogar gesunken ist und die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Rentenversicherung sinnvoll wäre, gibt es auch genug andere Finanzierungsquellen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn hat eine Verschärfung der Erbschaftsteuer ins Gespräch gebracht, weil sie das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr fordern wird. Bisher hat die Lobby der Familienunternehmer eine solche Reform aber immer zu verhindern gewünscht. Sehr Reiche haben die Zeit genutzt und ihr Betriebsvermögen in den vergangenen Jahren an die Kinder überschrieben. Ich spreche hier nicht vom Besitzer einer Kfz-Werkstatt, sondern ich meine die Eigentümer großer Konzerne. In den nächsten 30 Jahren ist dort nicht viel Geld zu holen. Denn allein zwischen 2011 und 2014 haben 90 Kinder unter 14 Jahren zusammen 29,4 Milliarden Euro geschenkt bekommen haben. Nicht geerbt,

wohlgemerkt, denn die Familienunternehmer, die woanders Oligarchen heißen, leben ja noch.

### **Gleichzeitig kann der Normalbürger der Erbschaftsteuer nicht entkommen.**

Das ist ja die Ungerechtigkeit. Wer drei Eigentumswohnungen erbt, zahlt Erbschaftsteuer. Wer jedoch über 300 Wohnungen erbt, zahlt keine Erbschaftsteuer, weil das Finanzamt ab dieser Zahl von einer Immobilien-Holding ausgeht und Holdings nicht erbschaftsteuerpflichtig sind.

### **Eine weitere Einnahmequelle für den Staat wäre die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer?**

Es gab vorher ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das nur die damalige Art ihrer Erhebung für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärte, weil Grund- und Immobilienbesitz nach veralteten Einheitswerten und damit zu niedrig besteuert wurden. Seit der Grundsteuerreform des Jahres 2021 lassen sich Immobilien jedoch realitäts- und marktnah bewerten. Deshalb könnte man die Vermögensteuer sofort wieder erheben. Aber die Familienunternehmer behaupten, sie würde ihre

Firmen ruinieren. Dabei könnte man die Freibeträge erhöhen, die Steuer länger stunden oder den Staat bis zur Begleichung der Steuerschuld als stillen Teilhaber einsetzen.

### **Unternehmer drohen, sie würden Deutschland dann verlassen.**

Dieter Schwarz kann ja seine deutschen Lidl- und Kaufland-Filialen schlecht unter den Arm klemmen. Außerdem gibt es eine Wegzugbesteuerung. In den USA wollen prominente Mitglieder der Demokratischen Partei die *Exit Tax* auf 50 Prozent anheben. Amerikanische Staatsbürger besteuert man auch im Ausland. Haben Sie schon mal gehört, dass Elon Musk, Jeff Bezos oder Mark Zuckerberg wegziehen wollen? Nicht jene Menschen, die den Sozialstaat verteidigen, sind Besitzstandswahrer, wie man ihnen oft vorhält, sondern die 250 deutschen Milliardäre, von denen nur einer aus den östlichen Bundesländern kommt.

### **Ist eine gerechtere Vermögensverteilung überhaupt möglich, oder ist materielle Ungleichheit im Kapitalismus strukturell angelegt?**

Wenn man wirklich soziale Gerechtigkeit

schaffen wollte, müsste man die Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen dieser Gesellschaft verändern. Aber man kann durch soziale Reformen auch den Kapitalismus etwas gerechter machen. Die neoliberale Weltanschauung, dass Wohlfahrtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit einander ausschließen, ist falsch. Abhängig Beschäftigte entfalten ihre Arbeitsproduktivität nur dann optimal, wenn sie und ihre Familie sozial abgesichert sind.

### **Bessere Schulen und Universitäten könnten Menschen den Sprung aus der Sozialhilfe ermöglichen.**

Gute Bildung für alle ist wichtig, aber kein Patentrezept, um Armut und soziale Ungleichheit zu beseitigen. Elf Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten haben einen Hochschulabschluss. Dennoch wird den Armen gesagt: Bildet euch, bildet euch, dann braucht ihr keinen Sozialstaat, was im Subtext heißt: Ihr seid selbst schuld an der Armut, weil ihr nichts Richtiges gelernt habt oder eure Kinder nicht auf die richtige Schule schickt. Das ist heuchlerisch. Bildung wird benutzt, um die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten zu verhindern.

## **Hannoversche Allgemeine**

ZEITUNG

Datum	17.10.2025		Verbreitete Auflage	47.141
Seite	9		Reichweite	135.294
Autor	Timon Naumann			

## **Zwischen Stellenabbau und Fachkräftemangel**

### **Sinkende Beschäftigungszahlen in der Industrie und wachsender Personalbedarf in anderen Sektoren prägen Niedersachsens Arbeitsmarkt**

Trotz sinkender Beschäftigungszahlen in der niedersächsischen Industrie verzeichnet der Arbeitsmarkt in anderen Sektoren ein Wachstum. Wie stabil ist die Lage wirklich und welche Branchen profitieren am meisten?

Wenn Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im selben Monat Alarm schlagen, sagt das viel über die Stimmung am Arbeitsmarkt. In der Industrie drohe ein beschleunigter Personalabbau, warnt Niedersachsenmetall-Hauptgeschäftsführer Volker Schmidt im September. Die IG Metall wiederum fürchtet einen Kollaps im Handwerk, sollte der Fachkräftemangel weiter zunehmen.

Tatsächlich zeigt sich in Niedersachsen ein widersprüchliches Bild: Während einige Branchen Personal abbauen, wächst in

anderen die Beschäftigung weiter. Wie sich der Arbeitsmarkt konkret entwickelt, zeigen aktuelle Zahlen der Agentur für Arbeit.

Zunächst: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen ist bis Juni dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Rund 10.100 Menschen mehr waren in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung - ein Zuwachs von 0,3 Prozent.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirt-

schaftszweigen fällt allerdings sehr unterschiedlich aus. Dass es etwa der Autoindustrie schon einmal besser ging, zeigen die Beschäftigungszahlen. Den stärksten Rückgang gab es im verarbeitenden Gewerbe - insbesondere in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, also bei der Fertigung von Fahrzeugen, Autoteilen und -komponenten.

Im Juni waren dort rund 13.500 Menschen weniger beschäftigt als im Vorjahr - ein Minus von 2,2 Prozent. Auch die Zahl der bei der Agentur für Arbeit ge-